



65/2007

Kiel, 13. Juni 2007

Ingrid Franzen: Von der dänischen Arbeitsmarktpolitik können andere europäische Länder lernen

Kiel (SHL) – Zum Kieler-Woche-Gespräch 2007 am Montag, 18. Juni, begrüßt Landtagsvizepräsidentin Ingrid Franzen die Teilnehmer im Landtag.

In ihrer Einführung in das Thema „Arbeitswelt im Umbruch – Antworten auf den demografischen Wandel“ erinnert Ingrid Franzen an das Kieler-Woche-Gespräch des vergangenen Jahres, in dem ebenfalls über den demografischen Wandel in Europa gesprochen wurde – im Gegensatz dazu solle es jetzt um die konkreten Auswirkungen gehen. „Eines der neuen Instrumente dafür ist Flexicurity. Wieder so ein Schlagwort?“, fragt die Landtagsvizepräsidentin. Die Erfahrungen in Dänemark zeigten: das dänische Jobwunder sei ohne „Flexicurity“ undenkbar gewesen. Dieses Modell bedeute, dass die Unternehmen ihren Mitarbeiterbestand laufend an die Marktlage anpassen und damit flexibel auf globale Herausforderungen reagieren könnten. Die Arbeitnehmer ihrerseits seien flexibel zu wechseln, sofern gleichzeitig eine hohe Beschäftigungssicherheit und im Falle der Arbeitslosigkeit ein ausreichendes Einkommen garantiert seien.

Die enge Verzahnung der Wirtschafts- und Sozialpolitik, so die Landtagsvizepräsidentin weiter, zeichne sich durch eine aktive Rolle des Staates und ein hohes Maß an gesellschaftlichem Zusammenhalt aus. Der gute Bildungs- und Qualifizierungsstand ermögliche in Ländern wie Dänemark, Schweden und Finnland hohe Produktivitäts- und Einkommensniveaus.

Überall in Europa werde das Instrument eingesetzt und erprobt. Deshalb habe der Europäische Rat die Mitgliedstaaten auf seiner Frühjahrstagung ersucht, über die verschiedenen Flexicurity-Konzepte zu berichten. „In ihrer noch für diesen Monat angekündigten Mitteilung über Flexicurity dürfte die Kommission den Mitgliedstaaten eine Reihe gemeinsamer Grundsätze vorschlagen. Das Kieler-Woche Gespräch findet also zu einem Zeitpunkt statt, zu dem wir die Veröffentlichung der Mitteilung der Kommission erwarten. Der Zeitpunkt ist gut gewählt, um politisch auf EU-Ebene Einfluss zu nehmen, bevor bindende Beschlüsse gefasst werden. Politische Weichenstellungen sind gefragt, wir – das heißt gerade auch wir Parlamentarier – sind gefordert, Antworten zu finden!“

Auch wenn Flexicurity nicht direkt von einem Land auf das andere übertragbar sei, könnten andere europäische Länder von diesen Ansätzen lernen, zieht Landtagsvizepräsidentin Franzen den Schluss. „Der Blick zu den Nachbarn, wie wir ihn traditionell bei der Kieler Woche hier im Landeshaus pflegen, lohnt sich.“